

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

243 (25.10.1910) 1. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

**Anzeigen:** Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg. (Kleinanzeigen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
Reaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wab; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wab; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Waffler in Karlsruhe.

### Ein „Schmerzschrei“ aus der Zentrale des badischen Großblock.

Oberamtmann Dr. Arnsperger beim Bezirksamt von Karlsruhe ist als Amtsvorstand nach Staufen versetzt worden. Zum „Schwab. Merkur“ war darüber zu lesen (Nr. 492):

Oberamtmann Arnsperger wurde als Amtsvorstand nach Staufen versetzt. Arnsperger hat bekanntlich in einer national-liberalen Versammlung die Großblockpolitik verteidigt. In der Versammlung ist offenbar ein Ausdruck der Mißbilligung seitens der Regierung zu erblicken.

Ein Ausdruck der Mißbilligung seitens der Regierung? Das wäre ja schrecklich. Die „Zeff. Ztg.“ geht noch einen Schritt weiter und spricht von „einer politischen Maßregelung“. Unter diesem Titel schreibt sie in Nr. 294:

„Eine Verlegung, die bereits ganz allgemein als politische Maßregelung gedeutet wird und daher das größte Aufsehen erregt, gibt die „Karlsruher Zeitung“ amtlich bekannt. Der Oberamtmann Arnsperger, der sich, wie mitgeteilt, unlangst in einer nichtöffentlichen Mitgliederversammlung des National-liberalen Vereins anlässlich der Verabschiedung gegen den Rat der Partei entschieden gegen ein Zusammengehen mit Zentrum und Liberalen wandte, nachdem zwei sozial-liberale Redner die Sperrmöglichkeit eines neuen Blau-Blockes, insbesondere die spätere Möglichkeit einer Wiedernäherung zwischen Sozialliberalen und National-liberalen empfehlend erörtert hatten, ist von Karlsruhe nach dem Deutschen Staufen bei Freiburg als Amtsvorstand versetzt worden unter Rücksichtnahme der Verlegung eines anderen Bezirks für diese Stelle bestimmt geworden. Zwar nicht dem Range, aber dem ganzen Dienstbereich nach ist das eine so unerwartete Versetzung, daß besondere Gründe dafür vorliegen müssen. Die „Karlsruher Zeitung“ unterstreicht auch im nächstfolgenden Teil in erster Linie die Einstellung des Ministers des Innern, gegenwärtig also des Reichs, seiner unbedingten Stellungnahme zur Sozialdemokratie in bezug auf den Arnsperger von Bobman. Er hat sich nicht nur schon erwidert, in letzter Zeit höchst anerkennend über die Leistungen der Sozialdemokratie durch die verschiedenen Parteien gegen die Sozialdemokratie durch die verschiedenen Parteien geäußert.“

Man ist in badischen Regierungskreisen meist bemüht, sich der preussisch-deutschen Reichsregierung gegenüber gefällig zu zeigen. Der jetzt von der „Karlsruher Zeitung“ vertretene Standpunkt läßt sich, wenn man ihn angeht, als der realen Parteiverhältnisse im Lande nicht als völlig sinnlos und ohne gefühlvolle Beziehung zum höchsten als eine solche Gefälligkeit bezeichnen. Er ist deshalb leider im allgemeinen wohl nachsichtig und nicht allzu tragisch beurteilt worden. Die Würdigung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und die Befähigung ihrer politischen Überzeugung sogar in engem Kreis einer geschlossenen Vereinbarungsverordnung in erster Linie geht der Frage nach, ob die National-liberalen an im weiteren oder alle einander ohne Unterchied ihrer sonstigen Beziehungen zu einander. Es wird außerdem erlautet gefragt werden, ob die National-liberalen Einflüsse trotz der Bedingungslosigkeit dieser Partei beim Volke dennoch an hervorragenden Stellen so stark sind, daß ihnen zugleich Grundrechte der Verfassung mitzuteilen werden.“

Dannach wäre dem Minister des Innern eigentlich nicht recht Ernst. Er hätte den Schritt nur aus Rücksicht auf andere Kreise getan; das Frankfurter Blatt bezeichnet als solche andere Kreise nur die Regierenden in Berlin. Sollte es wirklich zutreffend urteilen, so wird man auch noch an Kreise in Baden selber denken müssen. Wenn es nun aber wirklich so ist, dann brauchen die Großblock-Verschiedenheiten die Sache nicht so tragisch zu nehmen, um sofort eine Art Kriegserklärung gegen den Minister mit der „unbefangenen Stellungnahme zur Sozialdemokratie“ zu erlassen. Wenn indessen die Lieberzeugung, daß es sich um ein solches handelt, daß Minister von Bobman sich der preussisch-deutschen Reichsregierung gefällig zeigen wollte, ein nur ungenügender Trost für die Herrschaften ist, so wollen wir ihnen verraten, daß bereits an die einleitenden Schritte gedacht ist, das Zentrum durch das ganze Land hindurch mobil zu machen, um einen energischen Protest zu Gunsten des Herrn Oberamtmanns Arnsperger und gegen den Herrn Minister von Bobman in die Öffentlichkeit zu werfen.

Die „Badische Landeszeitung“ beweist dazu: „Diese Maßregelung — und als solche muß man die Verlegung bezeichnen — eines um die national-liberale Partei bestimmten Beamten muß in der Partei sehr befremdet und bestimmend wirken.“

Somit nicht? Das ist ein wirklich gähngebaltener Protest.

Ganz anders hat die „Badische Presse“ (Nr. 492) die Sache angefaßt. Sie drückt zunächst die Gefährdung der „Badischer Ztg.“ zu den mehrfach erörterten Fragen des „Beobachters“ ab und sprach sich in unmittelbarem Anschluß daran folgendermaßen über den Fall Arnsperger aus:

„Nachdem der Minister des Innern, Herr von Bobman, während der Woche durch die „Karlsruher Zeitung“ hat bekannt gemacht, daß die Absichten einer in ihrem Programm er noch einen Schritt weiter, der von nun ab endlich den Sozialdemokraten die Luft nehmen wird, mit diesem Minister wieder wieder Geschäfte machen zu wollen.“

Wie erinnerlich, hat in einer Sitzung des Karlsruhe National-liberalen Vereins, dessen eingeladene Mitglieder, man kann Arnsperger-Karlsruhe eine unüberwindliche Neugier eines Redners dahin richtig gestellt, daß für den bevor-

stehenden Wahlkampf, so wie die Dinge liegen, an ein Bündnis der National-liberalen mit Konservativen und Zentrum nicht gedacht werden könne. Zugleich billigte der Redner in anerkennenden Worten das tatsächliche Zusammengehen der Liberalen mit den Sozialdemokraten. Er glaubte das wohl umso eher tun zu dürfen, als der Minister des Innern die Sozialdemokratie ja öffentlich als eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes bezeichnet hatte.

Aber der Herr Oberamtmann hatte nicht damit geredet, daß inzwischen Preußen nicht ruhig geblieben war und die Zeiten sich inzwischen gründlich verändert haben. Denn die Folge war, daß der Minister des Innern dem Herrn Oberamtmann Arnsperger ungekündigt eine Strafverurteilung nach Staufen zubilligte, wo er nunmehr als Amtsvorstand darüber nachdenken kann, ob es heute in Baden noch weiterhin höheren Beamten zu empfehlen ist, die von der national-liberalen Partei vorgezeichneten Wege zu empfehlen. Da diese Sache, von Herrn Arnsperger verteidigte Politik von zwei anderen höheren Beamten, Herrn Obersekretär Nebmann und Herrn Landesgerichtsdirektor Dr. Obkircher, in Kassel gleichfalls energisch vertreten wurde, so wird man auf das weitere Vorgehen der badischen Regierung gespannt sein dürfen. Denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Die Oberamtmänner im Lande sind jedenfalls gewarnt. Sie tun gut, auf den preussischen Wind, der durch das Großherzogtum Baden weht, jede Rücksicht zu nehmen. Es ist ein guter Rat in ihrem eigenen Interesse.

Daß die „Badische Landeszeitung“ extra hervorhebt: „eines um die national-liberale Partei verdienten Beamten“, ist höchst charakteristisch. Bei der „Badischen Presse“ und ihrer Redaktion werden sich die Herren Minister von Bobman, Landesgerichtsdirektor Obkircher und Obersekretär Nebmann wohl extra bedanken. Am meisten Anlaß und Grund dazu dürfte der Minister haben.

## Deutschland.

Berlin, 25. Oktober 1910.

Die deutschen Fürsten und die französische Republik. Soeben ist das erste Heft einer Halbmonatsschrift erschienen, die den Titel: „Die Zeitschrift“ trägt. Herausgeber ist Albert Selm. „Die Zeitschrift“ erscheint in Hamburg, der Bezugspreis beträgt 6 Mark für das Vierteljahr. Dem Anschein nach will die neue Zeitschrift den internationalen Beziehungen besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Verlagsauftrag des ersten Heftes stammt von Leon Soules (Paris) und behandelt die deutschen Fürsten im Vergleich mit der französischen Republik. Leon Soules behauptet, daß das System des deutschen Fürstentums für die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Reiches große Vorteile bringe. Er schreibt ferner: „Es ist für einen Franzosen eine durch die Zeitumstände nötig gewordene Erwägung — welchen Einfluß hat das System des deutschen Fürstentums für die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Reiches? Welche Rolle spielt überhaupt der einzelne Fürst? Macht er sich nützlich oder ist er lediglich ein überflüssiger Luxus? Rentieren die 35 Millionen, die das deutsche Volk jährlich für seine Fürsten ausgibt? Wir gahlen dem Präsidenten der Republik 100 000 Franken und halten uns deswegen für praktischer und lernen viel allmählich begreifen, daß wir im Verhältnis viel mehr für unsere Regierung ausgeben als das deutsche Volk, weil sich die 35 Millionen durch die Fortschritt der Nation glänzend verzinsen. Wir erwarten vor 40 Jahren, daß nach nicht allzu langer Zeit die vielen Fürsten und Staaten nicht mehr miteinander auskommen würden und daß sich daraus Reibereien ergeben müßten, die dem Gedeihen des Ganzen bald Einhalt gebieten würden. Wir glauben nicht an die Möglichkeit eines festen, unlöslichen Zusammenschlusses, weil wir kein Vertrauen für die deutsche Disziplin hatten, weil wir nicht erkannt hatten, daß mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht schon die Basis für das spätere deutsche Reich geschaffen wurde.“ Soules beschäftigt sich dann mit der Persönlichkeit des Kaisers und einiger anderer deutschen Fürsten und meint, daß auch das verschiedenartige deutsche Geistesleben durch die Fürsten gefördert werde. Man wird ihm recht geben müssen, wenn er sich folgendermaßen äußert: „München, Weimar, Darmstadt, Dresden, Karlsruhe sind Zentren des gesellschaftlichen und künstlerischen Lebens, die auf jedem anderen Gebiete anregend weiterwirken. Jedes kleine Landgebiet in Deutschland besitzt eine Stätte, in der sich alles, was in dem Lande regiam ist, schnell konzentrieren kann. Die Fürsten haben in ihren Residenzen Gegengewichte zu dem Einflusse Berlins geschaffen, während unserer Provinzialstädte, die unter der unvollkommenen Vorherrschaft von Paris stehen, jede Selbstständigkeit verlor, jeder Mittelpunkt, um den sich eine eigene Kultur sammeln könnte. Durch die vielen kleinen Höfe, die sich in ihrer Eigenart oft scharf von einander trennen, sind in Deutschland so viele Möglichkeiten vorhanden, sich das Leben unter diesen oder jenen Bedingungen einzurichten, wie in keinem anderen Staate. Die Fürsten sorgen dafür, daß die Nation in steter Regsamkeit bleibt.“ Seine Darlegungen gipfeln in dem Satze,

es sei das Ergebnis aller unbereinigten Erörterungen, daß Deutschland besser regiert werde, als Frankreich.

Die Entwicklung des Einfuhrzollsystems. Die Gestaltung der Getreideverhältnisse am Weltmarkt hat die Ausfuhr von Getreide aus Deutschland zu einem lukrativen Geschäft gemacht. Mit Hilfe der Einfuhrzölle entlasten die Exporteure den deutschen Markt. War schon im vergangenen Jahre die Ausfuhr sehr hoch, so wird das laufende Jahr mit noch viel höheren Exportziffern abschließen, natürlich auch mit einer höheren Summe von Einfuhrzöllen. Wie sich in den ersten 8 Monaten der beiden letzten Jahre der Außenhandel mit Getreide und Mehl gestaltet hat, zeigt folgende Aufstellung über den Einfuhr- und Ausfuhrüberschuß:

	Einfuhrüberschuß		Ausfuhrüberschuß	
	1909	1910	1909	1910
	in Doppelzentnern			
Woggen	14 521 885	13 750 416	—	—
Weizen	—	—	3 219	7 197
Speltz	770 659	596 087	—	—
Malzgerste	12 375 914	14 311 020	—	—
andere Gerste	2 312 487	—	—	605 558
Saaten	156 770	155 274	—	—
Wasserpflanzen	—	—	513 934	879 017
Wasserpflanzen	—	—	868 504	919 313
Weizenmehl	—	—	—	—
andere Mehlarten	—	—	—	—

Der Ausfuhrüberschuß bei Woggen ist gestiegen, der Einfuhrüberschuß bei Weizen gesunken; das gleiche gilt für Malzgerste. Bei anderer Gerste ergibt sich eine Zunahme des Einfuhrüberschusses, dagegen hat sich der Einfuhrüberschuß bei Hafer in beiden beträchtlichen Ausfuhrüberschuß verwandelt. Der unbedeutende Außenhandel mit Buchweizen hat sich wenig verändert, aber bei beiden Mehlsorten ist der Ausfuhrüberschuß weiter gestiegen. Finanziell tritt die Entwicklung in einer bedeutenden Steigerung der mittels Einfuhrzölle zu begleichenen Zollbeträge in die Erscheinung. In den ersten 8 Monaten der letzten Jahre wurden zollpflichtige Waren gegen Einfuhrzölle infolge eingeführt:

	1906	1907	1908	1909	1910
Mt.	20 906 570	28 459 949	43 664 516	56 579 186	70 076 507

Seitdem die höheren Zölle und damit die höheren Einfuhrzölle in vierfacher Höhe sind, hat sich die Summe der durch Einfuhrzölle beglichenen Zollbeträge mehr als verdreifacht. Freilich darf man nicht diese ganze Summe für die Reichsfinanzen in Rechnung stellen. Was an Woggen ausführt wird, kommt wieder an Weizen in doppelter und dreifacher Höhe herein. Bei Hafer ist es anders. Man wird um eine Minderung des Systems nicht herankommen.

Ein netter Zwischenfall ist wieder einmal den allgütigen Katholiken passiert. Die „Tägliche Rundschau“ schrieb vor einiger Zeit: „Ein Merkmal. Mancher verwunderte Deutsche wird in diesen Tagen einen Briefumschlag zu Gesicht bekommen haben, auf dem zu lesen ist:

Mehineische Verlags-Institut für katholische Literatur  
Renski Zaklad Wydawniczy dla piśmiennictwa katolickiego  
Rynsky Zavod nakladatel'sky pro piśmiennictwo katolickoe  
(G. Wrale)

Koeln a. Rh. — Kolonia n. R. — Kolin n. R.  
Adelstraße 1.

Der Praten wurde dann noch mit folgender pikantem Sauce begossen: „Ultramarine, Polnisch, Tschechisch, diese drei. Sie ist nichts Neues, die Pulvermischung, aber es ist doch bemerkenswert, wie offensichtlich sie sich hier an deutschen Akten zur Schau stellt.“

Auf das Wort katholisch sind diese Herrschaften wieder sämtlich eingedrungen. Institut für katholische Literatur — diese Bezeichnung war ihnen genügend, um darauf los zu gehen. „Katholisch“ ist immer das Stichwort, auf das ihre Blindheit reagiert. Nun wird dem „Bayr. Kurier“ aus Buchhändlerkreisen geschrieben:

„Das Rheinische Verlags-Institut von G. Wrale in Köln, gehört seit 1894, wie auch aus dem Buchhändler-Adressbuch ersichtlich, der Firma Hermann Schafflein in Köln, unter welcher protestantische und andere Werke erschienen. Da es sich auf die Dauer nicht gut machen ließ, durch denselben Verlag auch katholische Bücher herauszugeben — meines Wissens wurde Schafflein früher dieserhalb in der katholischen Presse scharf angefeindet — erwarb er das Rheinische Verlags-Institut G. Wrale, dessen Wegwänder vielleicht Katholik gewesen sein mag. Unter diesem Deckmantel und auch unter anderem Namen treibt nun der Protestant Schafflein unter geschickter Verkleidung des religiös-frommen Sinnes der katholischen Bevölkerung seine superflue Geschäftsspekulation. Da ihm nicht allein die Verdienste der deutschen Katholiken, sondern auch der polnischen hierzu geeignet erschienen, ließ er seine Geschäftspapiere in den drei Sprachen herstellen. Mit dem Katholizismus hat diese ganze Manipulation nicht das Mindeste zu tun. Welcher politischen Richtung Herr Schafflein angehört, entzieht sich meiner Kenntnis. Als Protestant jedenfalls nicht dem Zentrum.“

Und die „Germania“ bemerkt dazu: „Auch uns ist die protestantische Firma Schafflein in Köln, die schon Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts durch die merkwürdige Art ihres Vertriebes katholischer Werke von sich reden machte und deshalb in katholischen Wäldern scharf angegriffen wurde, seit langem bekannt, und als wir als Adressen „Köln, Wad-

straße 1“ lasen, zweifelten wir nicht einen Augenblick, daß die protestantische Firma Schafflein in Frage komme, die mit ihrem Betrieb katholischer Erbauungsbücher — auch in der „nationalen“ polnischen und tschechischen Sprache — den „schönen“ Grundplatz: „Der Jued heißt das Mittel“ so launisch zu bemerken weiß. Hoffentlich hat man in der Redaktion der „Täglichen Rundschau“ und vor allem in jener der „Deutsch-österreichischen Korrespondenz“, des Organs des Evangelischen Bundes, das Niederflächigen nahe genug bei der Hand, um allzu schrecklichen Wirkungen dieses Heringsalles vorzubeugen. Oder denkt man dort auch etwa wie anscheinend Herr Schafflein: Non olet?“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ und der Hanjabund. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ geht in ihren Mitteilungen noch einmal auf die Entgegnungen ein, welche ihre Kritik am Aufruf des Hanjabundes gefunden haben. Sie bezeichnet den Versuch, das Wahlzettel des Hanjabundes zu entschuldigen oder zu rechtfertigen als mißglückt und bemerkt gegenüber dem Argument, daß man in Wahlaufrufen auch anderwärts viel gewohnt sei und daß speziell der Bund der Landwirte mindestens ebenso scharf auf-trete, folgendes:

„Zu dem ersten Punkt wollen wir bemerken, daß man dem bevorstehenden Wahlkampf nur mit geteilterm Bedauern entgegen sehen kann, wenn selbst die Kreise des guten Bürgerturns es als normal betrachten, daß ihre Interessenvertretung den Feldzug mit Waffen dieses Kalibers eröffnet. Wir sind aller Voraussicht nach noch reichlich ein Jahr vor den Wahlen entfernt. Welche Berge von Verbitterung und Bitterung werden sich aufstürzen, wenn es das ganze Jahr nicht nur in dieser Tonart fortgehen soll, sondern einer den anderen an Schärfe der Sprache zu überbieten suchen wird? Ein Teil treibt hier notwendig den andern. Es liegt angelehnt der tiefen Mißstimmung, die in unserem Volk bereits vorhanden ist, ein gemeinsames Interesse der staats-erhaltenden Elemente vor, mäßigend und warnend einzuwirken. In diesem Sinne bei jedem gegebenen Anlaß unsere Stimme zu erheben, betrachten auch wir als unsere Pflicht. Dieser Teil — und damit kommen wir zu dem zweiten Punkt — würden wir uns auch nicht gegenüber agitatorischen Ausschreitungen des Bundes der Landwirte anschließen. Wir müssen dabei aber feststellen, daß amtliche Angriffe auf Gesetzgebung und Verwaltung, wie sie vom Hanjabunde ausgegangen sind, von agrarischer Seite gegenwärtig nicht zu berechnen sind. Die „Deutsche Landeszeitung“ hat auch zutreffend darauf aufmerksam gemacht, daß man ja nicht den Bund der Landwirte gegen den Hanjabund verteidigt, sondern Vorwürfe dieses Bundes gegen die Regierung abgewehrt haben. Eine Parteinahme zu Gunsten der Landwirtschaft gegen die Interessen der anderen Erwerbsstände war in unleren Augen nicht zu wenig enthalten, wie sie der Regierung fernliegt, die ihre Aufgabe nicht darin sieht, Land gegen Stadt, einen Erwerbstand gegen den andern auszuspielen, sondern den auseinandergerissenen Gruppen unseres Erwerbslebens die Gemeinsamkeit der nationalen und wirtschaftlichen Interessen zum Bewußtsein zu bringen und die anklagend und abwehrend einander gegenüberstehenden Parteien endlich wieder zu fruchtbarer Arbeit zusammenzuführen. Wenn Handel und Industrie sich für die notwendig wiederkehrende Periode dieses gemeinsamen Wirkens stärken wollen, so ist dagegen natürlich nichts einzuwenden. Darin sehen wir so viel mehr das Berechtigte auch in den Bestrebungen des Hanjabundes. Aber auf dem Wege, der mit den Wahlaufrufen betreten wird, ist das Ziel nicht zu erreichen. Man kommt auseinander, anstatt sich zu nähern; man erweitert die Gegenläufe, anstatt die Rinn zu schließen.“

## Ausland.

Spanien.

Ueber die marokkanischen Kriegesgerichte erklärte Ministerpräsident Canalejas dem Madrider Berichterstatter des „Matin“: „Ich bin von den in der auswärtigen Presse verbreiteten widerwärtigen Gerüchten über einen bevorstehenden Feldzug in Marokko höchst überrascht. Denn in Ceuta befinden sich 11 000 und in dem Gebiet von Melilla 20 500 Mann. Aber es handelt sich da um die ständige Besatzung, die seit der Rückkehr der Truppen aus der vorjährigen Kampagne nicht berücktet worden sind. Was die Gerüchte über die Verhandlungen mit Marokko anlangt, so sind außer den Unterhändlern nur der König, der Minister des Aeußeren und ich selbst sowie die Vertreter Frankreichs und Englands auf dem Laufenden. Denn unfer Einvernehmen mit diesen Staaten verpflichtet uns, ihnen nichts zu verbergen. Frankreich und England wissen demnach, was vorgeht, und billigen unser Verhalten. Man spricht im Ausland von unserer Absicht, Tetuan zu besetzen. Ich erhalte beständig Mitteilungen von sogenannten „gut unterrichteten“ Leuten, die behaupten, daß Frankreich Tetua besetzen wolle. Meine Antwort ist stets die, daß ich an eine solche Besetzung nicht glaube, und ich bin überzeugt, daß die französische Regierung ebenso antwortet, wenn sie von unserem Plane einer Besetzung Tetuans hört. Ich wiederhole, daß das Einvernehmen Frankreichs, Englands und Spaniens bezüglich Marokkos ein vollständiges ist. Ich kann die Presse nicht hindern, sich das Vergnügen zu machen, derartige unbegründete Gerüchte zu veröffentlichen. Aber ich kann immer wieder nur sagen, daß diese Gerüchte einfach unfundiert sind.“

Portugal.

Die portugiesischen Revolutionäre sind durchaus keine Fortschrittler, sondern im Gegenteil arge Rückschrittler. Das gibt selbst die „Köln. Zeitung“ zu,

Indem sie zu den antikerischen Maßregeln der revolutionären Regierung schreibt:

Die vorläufige Regierung, deren Handlungen im Ausland aufmerksam und kritisch verfolgt werden, hätte besser getan, die Bestimmung der Bomben- und Geschosse zu lassen. Die Wüsten der bürgerlichen Rechte wegen Unmöglichkeit zu einem Orden oder des Verkehrs mit Rom mag im 18. Jahrhundert in Portugal oder Spanien üblich gewesen sein, in unsere Zeit gehört eine solche Bestimmung nicht mehr. Deutschland und Frankreich haben sie nicht eingeführt. Es wäre sehr einfach gewesen, die naturalisierten Mönche nach Aufhebung ihrer Niederlassungen lassen zu lassen, wo sie unterkamen; viele wären nicht im Lande geblieben.

Hier kann man wieder die Erfahrung machen, daß Nichtschritt auch von unseren Fortgeschrittenen Fortschritt gelobt und als Staatsweisheit gerühmt wird, wenn der Nichtschritt nur antikerisch und antikatholisch ist. Denn fast die gesamte liberale und insbesondere die sozialdemokratische Presse ist fortwährend voll Lob für diese portugiesischen Nichtschritte, die ihre Ideale von Freiheit aus den Zeiten des vor 150 Jahren lebenden freimaurerischen Jesuitenhabers Bombal haben.

Die revolutionäre Regierung denkt einstweilen auch gar nicht daran, eine Volksvertretung einzuberufen. Erst in sechs Monaten glauben sie so weit zu sein, daß sie an die Wahlen denken können. In der Zwischenzeit führen sie die Herrschaft, ohne nach dem Volkswillen etwas zu fragen. Also selbst die revolutionären Revolutionäre lieben den sonst so verpönten Absolutismus, wenn sie selbst auf dem Hof sitzen und den absoluten Herrscher spielen können.

Und der König absolut,  
Wenn er unsern Willen tut!

Das war von jeher die Praxis aller Empörer. Und wiederum sehen wir, wie die antikerischen Demokraten aller Länder und insbesondere jene Leute, die man in Deutschland Demokraten nennt, nichts gegen diese undemokratischen Demokraten in Portugal einzuwenden haben. Ihr Antikerismus und Haß gegen die katholische Kirche ist in ihren Augen eine so große Tugend, daß man den Revolutionären darüber alle ihre schweren Sünden gegen das demokratische Prinzip gern verzeiht. Die antikerischen Freunde der portugiesischen Revolutionäre im Ausland werden übrigens mit ihrer Behauptung, Portugal sei bisher kirchlich gewesen und der Merkantilismus, d. h. der Einfluß von Papst, Bischöfen und Priestern, habe das Land ruiniert, von den Revolutionären selbst widerlegt. So jagte der revolutionäre Justizminister de Costa einem Mitarbeiter des „Journal des Debats“ u. a. laut „Köln. Zeitung“ Nr. 1129:

„Der Bischof von Coimbra, des Bin ich überzeugt, ist froh, daß die Jesuiten abgehen, und der niedere Klerus ist dessen noch mehr zufrieden. Verlassen Sie nicht, zu erwähnen, daß die wahre portugiesische Ueberlieferung antikerisch ist. Die wahrhaft vollständige Monarchie haben die Jesuiten ohne Gnade bekämpft, sie haben mit dem Volk gegen die Mönche gekämpft. Daß die Orden in den letzten Jahren so zahlreich und gefährlich geworden sind, rührt daher, daß man in der Umgebung des Königs die wahren monarchischen Ueberlieferungen verkannt hat.“

Und sogar der abgefallene Dominikaner B. Müller schreibt in Nr. 493 der „Täg. Rundschau“:

„Man glaubte aber nicht, daß der Vatikan den Braganças viele Tränen nachweint und grundsätzlich der Republik abgeneigt ist. Das heutige Verhältnis des Vatikan zu Brasilien zeigt uns, wie in solchen Fällen die Auffassung der Kurie ist. Auch dort herrschten vor nicht vielen Jahren die Braganças und wurden durch eine Revolution, die die Trennung der Kirche vom Staat proklamirte, vertrieben. Heute wird jedoch die Kurie nicht müde, auf das ausgezeichnete Verhältnis zwischen ihr und dem neuen brasilianischen Regime hinzuweisen und immer wieder zu betonen, daß sie den neuen Zustand, der ihr die größte Freiheit läßt, bei weitem dem alten mit seinen jesuitischen staatskirchlichen Einrichtungen vorzieht.“

Die Regierung hat nämlich in Portugal

die Kirche vollständig geknebelt, denn die Regierung ist es, die die Bischöfe, Kanoniker und Pfarrer ernennen. Alle Benefizien werden durch „Insinuation“ vergeben. Der Weltklerus ist zum großen Teil verheiratet und für die politischen Zwecke Roms vollständig unbrauchbar, daher für die Regierung ungefährlich.“

Was bleibt denn da übrig von dem Merkantilismus, den heute die ganze liberale Welt in Portugal als den Feind bekämpft? Wäre der Einfluß des Papstes und der Bischöfe größer gewesen, wäre insbesondere der Weltklerus in Portugal nicht zum großen Teil verheiratet, so daß er selbst der staatlichen Revolution ungetreu, wie er der kirchlichen schon anheimgefallen ist, — soll es ja in Portugal schwer sein, noch Bischofskandidaten zu finden, weil die Weltkleriker vielfach im Concubinat leben! — dann wäre die Revolution nicht siegreich gewesen. So ist Portugal in Wirklichkeit seinem Antikerismus zum großen Teil zum Opfer gefallen.

Vom Absolutismus der Revolutionäre. Heute werden Dekrete erlassen werden, durch die die theologische Fakultät der Universität Coimbra aufgelöst, die akademische Gerichtsbarkeit, sowie der Eid der Professoren und Rektoren abgeschafft und freie Vorträge eingeführt werden sollen. Die geistige Anarchie in Vorbereitung!

Lissabon, 24. Okt. Die portugiesische Postzeitung beim päpstlichen Stuhl ist in eine Gesandtschaft umgewandelt worden.

Paris, 24. Okt. Der aus Lissabon hier eingetroffene päpstliche Nuntius Mgr. Conti erklärte einem Mitarbeiter des „Figaro“, daß König Manuel in erster Reihe als ein Opfer der Umstände anzusehen sei, die er einer Partei gemacht habe, deren Mitglieder nicht gerade zu den Stützen seines Thrones gehörten. Dadurch sei unter den Monarchisten Unzufriedenheit hervorgerufen und die treuesten Anhänger des Königtums seien entmutigt worden.

Lissabon, 24. Okt. Der Zivilgouverneur der Stadt hat den Führer der ausländischen Fahrlaute und zwei Delegierte zu einer Versammlung aufgefordert. Ausständig sind zurzeit 8000 Mann. Die Regierung wird Lebensmittel- und Kohlenzufuhr durch Hilfsmannschaften, die aus Truppen und Feuerwehrcorps gebildet werden, sichern können. Das republikanische Organ „Capital“ glaubt verlässen zu können, die republikanische Regierung bestehe. Die Königin Amelia darauf hingearbeitet habe, England im Falle einer republikanischen Unternehmung gegen die Monarchie zu einer militärischen Intervention zu veranlassen.

Wien, 24. Okt. Der Ausschuss der ungarischen Delegation hat heute das gesamte Kriegsbudget angenommen. — Das Reichsgericht hat die Beschwerde des Vereins „Freie Schule“ gegen die Entscheidung des Unterrichtsministeriums abgewiesen. Dadurch wird die Umwandlung von Privatvolkschulen in Privatschulen mit Ausschaltung des Religionsunterrichts unterjagt.

Frankreich.  
Paris, 24. Okt. Der „Gloire“ erinnert daran, daß General d'Amade vor einem Jahre in einem Interview auf die für Frankreich zu gefährliche Marokkopolitik Spaniens hingewiesen habe. Die gegenwärtigen Ereignisse bestätigen die Voraussage des Generals d'Amade, der damals wegen seines Freimuthes gemahnt worden sei.

Griechenland.  
Athen, 24. Okt. Venizelos verlangte gestern in der Kammer für die Revision der Verfassung nötige Zeit ein uneingeschränktes Vertrauensvotum. Andernfalls gebe er dem König den Rat, die Kammer aufzulösen.

Serbien.  
Das Befinden des Kronprinzen. In allen Kirchen des Landes wurden gestern Wittgottdienste um die Genesung des Kronprinzen Alexander abge-

halten. Dem Hofamt in der Belgrader Kathedrale wohnten der König, die Prinzen Georg und Paul, die Minister und die Spitzen der Behörden, das Offizierskorps und ein großes Publikum bei. Die Wesslerin in dem Befinden des Kronprinzen hält an. Die Temperatur war heute früh nach gut verbrachter Nacht 37,5, Puls 100, Atmung 33. Infolge der entschiedenen Besserung im Befinden des Kronprinzen reist Professor Chevetel nach Wien ab.

Perisien.  
+ Ueber die Lage in Persien äußert sich ein Artikel der „Varietäts“, in dem es heißt: Schon lange schreibt man Deutschland in Persien die Absicht zu, eine Eisenbahnlinie Kamifin-Teheran zu bauen. Wir ermahnen die Petersburger und die Londoner Regierung zu einer vorsichtigen Politik. Sobald die russische Regierung sich entschließen wird, ihre Truppen aus Persien zurückzuziehen, deren Anwesenheit auf persischem Boden die Einwohner erbittert, wird die Verhütung Persiens wahrscheinlich rasche Fortschritte machen.

Wien.  
Tokio, 24. Okt. Der Ministerpräsident erklärte auf einem Bankett der Kaufleute, das einige neue Budget werde die Verwendung von 70 Millionen Yen für die Vermehrung der Flotte sein. Die Summe solle auf sechs Jahre verteilt werden. Der durch die Ueberflutung verursachte Schaden und die Kosten der Annerkung Koreas werden das Budget nicht erheblich beeinflussen. Es werde möglich sein, dieses auszufüllen, ohne zu einer neuen Anleihe Zuzustimmung nehmen zu müssen. Der Minister erklärte, der Plan, Schatzkammerbonds in Höhe von 50 Millionen Yen jährlich abzulösen, sei nicht geändert worden.

Port Arthur, 24. Okt. In Gegenwart der Spitzen der Behörden, sowie chinesischer und europäischer Vertreter, hat die japanische Kolonie gestern die Eröffnung des Handelshafens für alle Nationen gefeiert.

## Baden.

Karlsruhe, 25. Oktober 1910.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geneigt, den Telegraphenleiter Hermann Ulrich aus Offenburg mit Wirkung vom 1. April 1910 als zum Ober-Telegraphenleiter beim Telegraphenamts in Konstanz zu ernennen.

Die Entlassung des Großh. Verwaltungshofes wurde dem Verwaltungshofen Wilhelm Knauß bei der Beurlaubung dementsprechend die Amtsbezeichnung Buchhalter verliehen.

### Ringt die „Karlsruher Zeitung“ nach Unklarheit?

Man schreibt uns:

Die „Karlsruher Zeitung“ hat sich in Nr. 291 vom 23. Oktober auf die im „Bad. Beobachter“ Nr. 237 1. Blatt vom 18. Oktober gestellten Fragen in einer Weise geäußert, die wiederum geeignet ist, die Meinung zu erwecken, als ob absolut keine volle Klarheit über die Stellung der Regierung gegeben werden dürfte. Die „Karlsruher Zeitung“ hat sich allerdings wiederholt... für eine Verständigungspolitik... der bürgerlichen Parteien ausgesprochen, aber das will ja noch gar nichts heißen! Wie kann sie denn so tun, als ob sie ein Recht hätte, sich darüber zu vermindern, daß „noch immer“ Fragen darüber laut werden? Es ist auch ganz unerheblich, daß sie jetzt „zum Ueberflus“ nochmals betont, daß sie eine „Verständigung der bürgerlichen Parteien untereinander abzielende Politik“ entschieden begrüßt. Darum handelt es sich ja gar nicht! Warum weicht sie denn den Fragen des „Beobachters“ aus? Glaubt sie denn, man merke das nicht? Die Frage lautet: Ist die Regierung entschlossen, mit allem Nachdruck und Ernst für eine Politik der Sammlung einzutreten und demgemäß Richtung und Ziel ihrer Politik einzurichten? Darauf ist zu antworten: Der „Karlsruher Zeitung“ kann doch nicht verborgen sein, daß zwischen diesem „Eintreten“ und ihrem „Begründen“ ein himmelweiter Unterschied fließt! Warum weicht sie denn so auffällig aus?

Ferner schreibt sie, daß sie „als das Organ einer monarchischen Regierung selbstverständlich jede Politik mißbilligt, die irgendwie geeignet sei, die Absichten einer in ihrem Programm oder Auftritte antimonarchischen Partei zu fördern“. Das ist die gleiche Geschichte! Ob die „Karlsruher Zeitung“ eine Politik „mißbilligt“ oder nicht, ist ganz gleichgültig. Wichtig ist aber, ob die Großh. Regierung „mit allem Nachdruck und Ernst“ für die Sammlungspolitik einzutreten entschlossen ist.

Darauf bleibt die „Karlsruher Zeitung“ die Antwort schuldig! Warum denn? Glaubt sie etwa, daß sie durch das Wort „selbstverständlich“ irgend etwas erkläre? Aus dem bisherigen Verhalten der Großh. Regierung war nicht einmal zu entnehmen, daß sie den Großh. entschieden „mißbilligt“. Aus ihrer Haltung, aus der Beförderung sämtlicher Hauptgründer des Großh. in hohe Staatsstellen mit Ueberprüfung ganzer Reihen tüchtiger Vordemänner, aus der Haltung der Regierung in der Kammer, aus dem bekannten Wort des Ministers von Rodman über die „großartige Arbeiterbewegung“, seiner ausdrücklichen Aufrechterhaltung dieses Wortes und aus dem billigen Schweigen des gesamten Staatsministeriums zu all diesem und bei der Vermeidung jedes entscheidenden verurteilenden Wortes, konnte doch kein Mensch auf die Idee kommen, daß die Regierung den Großh. „entschieden mißbilligt“. Und auch jetzt ist noch nicht gesagt, ob der Großh. mißbilligt wird! Genannt ist er nicht! Und die Bezeichnung der Politik, die irgend wie geeignet ist, die Absichten... zu fördern, ist durchaus unbedeutungsfähig. Die badischen Liberalen behaupten bekanntlich, daß ihre Großh. politik geeignet sei, das Gegenteil zu bewirken, nämlich die Absichten der Sozialdemokratie zu hemmen, letztere zu „nationalisieren“.

Ebenso vag ist der Begriff der Sammlungspolitik der „Karlsruher Zeitung“. Natürlich will man zunächst alle bürgerlichen Parteien sammeln, das ist „selbstverständlich“. Wenn nun aber die nationalliberale Partei sich ausschließt und weiter mit den Sozialdemokraten gehen will, gegen Zentrum und Konservative, welche die Sammlungspolitik unterstützen, wie stellt sich

dazu die Regierung? Der „Beobachter“ fragte, ob die Regierung dann doch an der Sammlungspolitik konsequent festhalten wolle und entschlossen von den Nationalliberalen „etwas abdrücken“ oder aber sich abermals an den Großh. anlehnen wolle? Dieser Frage weicht die „Karlsruher Zeitung“ aus, ja sie verdreht sie sogar und schiebt dem „Beobachter“ die Frage unter, ob die „Karlsruher Zeitung“ eine Sammlungspolitik ohne die Nationalliberalen empfehlen würde. Zum Schluß geht sie zu, daß „die nationalliberalen Blätter wenig Hoffnung auf eine Verständigung lassen“. Es scheint fast, als ob sie damit sagen wollte, daß die Großh. Regierung damit die Sammlungspolitik, so sehr sie sie „begrißt“ und so sehr sie die Politik der Liberalen „mißbilligt“, doch aufgeben würde, wenn etwa die Nationalliberalen lieber mit den Sozialdemokraten gehen wollen, als mit anderen bürgerlichen Parteien.

### Eine merkwürdige Rede

Ist am Abend des 22. Oktober von nationalliberalen Generalsekretär Thorbecke aus Karlsruhe in Badmar im Amt Schopheim gehalten worden. Das nationalliberale „Markgräf. Tagbl.“ berichtet mit auffallender Kürze darüber:

„Am liberalen Volkstreffen in Badmar sprach gestern Herr Generalsekretär Thorbecke aus Karlsruhe über die politische Lage im Reich und Baden sowie den Reichstagsparteitag. Der starke Beifall am Schluß seines vorläufigen Vortrages bewies, daß die Anwesenden mit seinen Ausführungen einig gingen. In der Diskussion gebend der Bezirksvorsitzende, Herr Reallehrer Wolf, der Bedenke unseres früheren Landespartei-Vorsitzenden, des Herrn Landesgerichtsdirektors Dr. Oßfänger. Auf Wunsch des Vorsitzenden des Volkstreffens, Herrn Gemeinderat Bühler, wurde durch ein Telegramm diesem Dank Ausdruck gegeben.“

Aus diesem Bericht kann niemand entnehmen, daß es besonders interessant hergegangen ist. Das Wiesentäler Zentrumsblatt, die „Oberl. Tagespost“, dagegen berichtet von Badmar:

„Die auf gestern abend einberufene öffentliche Versammlung des liberalen Volkstreffens war nur mäßig besucht, von den nahezu 300 Mitgliedern waren etwa abgesehen 80 der Einladung gefolgt. Punkt 9 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden des Volkstreffens eröffnet, nachdem derselbe die Anwesenden begrüßt hatte. Er erzielte dem Herrn Generalsekretär Thorbecke aus Karlsruhe das Wort zu seinem Vortrage über die politische Lage im Reich und in Baden.“

„Einerlei mit dem Reichstagsparteitag, der sich in der Diskussion gebend der Bezirksvorsitzende, Herr Reallehrer Wolf, der Bedenke unseres früheren Landespartei-Vorsitzenden, des Herrn Landesgerichtsdirektors Dr. Oßfänger. Auf Wunsch des Vorsitzenden des Volkstreffens, Herrn Gemeinderat Bühler, wurde durch ein Telegramm diesem Dank Ausdruck gegeben.“

„Die auf gestern abend einberufene öffentliche Versammlung des liberalen Volkstreffens war nur mäßig besucht, von den nahezu 300 Mitgliedern waren etwa abgesehen 80 der Einladung gefolgt. Punkt 9 Uhr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden des Volkstreffens eröffnet, nachdem derselbe die Anwesenden begrüßt hatte. Er erzielte dem Herrn Generalsekretär Thorbecke aus Karlsruhe das Wort zu seinem Vortrage über die politische Lage im Reich und in Baden.“

### Die kirchliche Autorität

Ueber dieses vielbesprochene Thema führte der badische Zentrumsführer Geistl. Rat Wacker auf dem eßlos-lotbrünnigen Parteitag in Strazburg am Sonntag laut „Häfler“ Nr. 473 aus:

Man hat auch viel gesprochen von der Stellung des Zentrums zur kirchlichen Autorität. Da gilt im allgemeinen folgendes:

1. Die kirchliche Autorität, die des Bischofs auf seinem Hirtengebiete, wie die des päpstlichen Stuhles für die ganze Welt, ist für den Zentrumsmann katholischer Konfession ein Gegenstand tiefer Verehrung. Diese Verehrung wurzelt in unserem Glauben, der uns lehrt, daß Amt, Pflichten, Stellung und Rechte der Träger kirchlicher Autorität auf Anordnung Gottes beruhen, eine göttliche Einrichtung sind.
2. Die Grenzen der Pflichten und Rechte, und damit auch der Verantwortung sind naturgemäß im wesentlichen durch Aufgabe und Beruf gezogen, der gleichfalls nach Gottes Anordnung mit dem Amte verbunden ist.
3. Anerkennung und Respektierung der kirchlichen Autorität, wie ungehinderte Wirksamkeit derselben, gehört nicht bloß zu den Interessen und Sorgen der Kirche und der Träger ihrer Autorität, sondern auch zu den Interessen und Sorgen derer, welche zur Kirche gehören.

## Theater und Kunst.

○ Großh. Hoftheater. Herr Kammerjäger Jabloner wird vor Antritt seines Amerika-Urlaubs am Sonntag, den 30. Oktober, als des Orléans in „Manon“ im hiesigen Hoftheater und am Mittwoch, den 26. Oktober, als Rudolf in „Böhème“ im Theater in Baden-Baden zum letzten Male auftreten. Während seiner Abwesenheit wird Herr Jabloner zunächst mehrere Wochen von dem Königl. Bayerischen Hofopernjäger Otto Wolf in München, welcher den hiesigen Theaterbesuchern durch wiederholte Gastspiele im Hoftheater und durch seine Mitwirkung im Abonnementskonzert bekannt ist, und später von dem Opernjäger Raudo Kochen, zurzeit in Berlin, welcher bei den Aufführungen des „Vanadictus“ im letzten Winter die Partie des Duelleurs gesungen hat, vertreten werden.

## Kirchliche Nachrichten.

Rom, 22. Okt. Wie das Reuters-Bureau meldet, wurden außer der Missionen in Montreal gegen die Hebräer Kathans auch an anderen Orten Kanadas und Nordamerikas große Protestversammlungen veranstaltet, so z. B. in St. Paul, Boston, Baltimore. Viele Tausende nahmen an den Versammlungen teil, und Hunderte von Telegrammen sind an den Heiligen Vater abgegangen. — Der Oberst der päpstlichen Schweizer, Leopold Meyer von Schauensee, ist in der Nacht zum Sonntag in Rom gestorben. Leopold Meyer von Schauensee wurde am 31. Juli 1862 in Rom geboren. Sein Vater, Eberhard Meyer von Schauensee, diente ebenfalls als Hauptmann in der päpstlichen Schweizergarde; seine Mutter war eine Märcerin, Franziska Cantalamessa. Oberst Leopold Meyer trat frühzeitig nach Abschluß seiner Studien in den Militärdienst, nachdem er in der Schweiz seinen Militärdienst geleistet hatte, als Offizier mit Hauptmannsrang in die Garde. Längere Zeit verließ er den Dienst eines Quartiermeisters u. a. an der Kaiserlichen Hofkapelle in Wien und nach dem Austritt des Oberst v. Cousten 1890 zum Oberst. Der Kaiserliche ernannte ihn bei der Krönung einer großen Populärität. Herr Meyer von Schauensee war zweimal verheiratet; von seinen Söhnen dienen gegenwärtig zwei ebenfalls bei der Garde. Die Leichenfeier wäre eines Fürsten würdig gewesen.

+ Friesenheim bei Badr. 24. Okt. Unsere Grundsteinlegungsfest vom letzten Sonntag ist in allen Teilen glänzend verlaufen. Die Beteiligung von auswärts war eine große — ein Beweis, wie allseitig man es freudig aufnahm, daß endlich einmal in Friesenheim andere kirchliche Verhältnisse werden. Wesentlich aber zur Feier des Festes trug es bei, daß auch der ganze Gemeinderat, der seiner Zusammenkunft der Ueberzahl nach evangelisch ist, bei

diesem Freuden- und Ehrenfest der kath. Mitbürger vertreten war — darunter auch der evangelische Herr Bürgermeister mit der kühnen Anwesenheit; auch Herr Pfarrer Ernst von der ebang. Gemeinde der katholischen mit seiner Anwesenheit. Man hat alle den Katholiken bis zu seiner schnellen, baldigen Vollendung, damit wir jedes Jahr noch ein schöneres Fest feiern können, das Fest der hl. Kirchweih. Wahr soll werden was ein Freund aus Mannheim unserem Herrn Pfarrer telegraphierte: Zum schönen Anfang vom guten Ende — Ich recht herzliche Wünsche sende. — Gut muß ja werden, was lange währt, — Sei Gottes Segen zum Bau behilflich!!!

Aus der deutschen katholischen Gemeinde von Florenz. Für die deutschen Katholiken von Florenz wird fünfzigsten jeden Sonn- und Feiertag um 9 Uhr regelmäßiger Gottesdienst abgehalten mit deutscher Gesangs- und Segen in der Kirche S. Gaetano, Piazza Antinori. (Eingang während der Restauration der Fassade Via dei Servi.)

Eine große Änderung ist damit für die Zukunft gemacht worden. — Wir haben durch die besondere Güte des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs von Florenz eine schöne Kirche für unseren Gottesdienst erhalten im Mittelpunkt der Stadt. Für alle deutschen Katholiken wird es fortan bedeutend leichter sein, dem deutschen Gottesdienste anzuhängen. Die Verlegung auf 9 Uhr wurde vorgenommen, weil viele Gemeindeglieder, insbesondere auch durchreisende deutsche Katholiken, am Sonn- und Feiertag gerne die Museen der Stadt besuchen, die um 10 Uhr geöffnet werden.

Gelegenheit zum Empfang der hl. Weicht ist geboten jeden Samstag und Vorabend von Festen von 5–6 Uhr, sowie Sonntag und Feiertag früh von 8 Uhr an in S. Gaetano. Der Reichthum ist dort für die Deutschen bezeichnend.

Das Arbeitszimmer des Redaktors befindet sich in dem an die Kirche S. Gaetano anschließenden Gebäude Via dei Pescioni 2, piano. Dort ist er täglich von halb 9 bis halb 12 Uhr zu sprechen (gewöhnlich auch nachmittags) und zu jeder selbständigen Hilfeleistung bereit. Seine Wohnung ist im Convento ecclesiastico viale Magliabelli 2, Telefon 22–91.

Die Verammlung des Marienvereins für die deutschen Frauen findet nach wie vor jeden Sonntag statt im deutschen Hospiz (Via S. Nicola 7) nachmittags 4 Uhr mit Predigt, Segensandacht und Konfession. Ich möchte dieser Notiz die Bitte an die hochwürdigen Seelorgeschäftlichen beifügen, ihre deutschen Pfarrkinder, die nach Italien reisen, auf unsere deutschen katholischen Einrichtungen hinzuweisen, insbesondere die Mädchen, die in Italien Stellung suchen, auf die Mädchenheime und Stellerbewilligungen unserer deutschen katholischen Missionen aufmerksam zu machen und eventuell vor ihrer Abreise nähere Anfragen an die einzelnen deutschen Stationen zu richten. Für die Stadt Florenz ist zu jeder Auskunft gerne bereit.

Anton Grumann, Redtor.





### Todes-Anzeige.

Heute morgen verschied nach schwerem Leiden die Hausmutter des Asyls u. Erziehungshauses Scheidenhardt **Frau Berta Sahn.**

Wir verlieren in ihr eine treue, unermüdet tätige Mitarbeiterin, die über 16 Jahre mit außerordentlicher Umsicht und Hingebung unsere Anstalt geleitet und durch ihre aufopfernde und erfolgreiche Wirksamkeit unseren unauslöschlichen Dank verdient hat.

Karlsruhe, den 24. Oktober 1910.

Abteilung IV des Badischen Frauenvereins:  
**Komitee für das Asyl und Erziehungshaus Scheidenhardt.**

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 26. ds. Mts., nachmittags halb 4 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof statt.



### Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Gatten, Schwiegerjohn, Schwager und Onkel,

### Joh. Ketterer,

nach längerer Krankheit, versehen mit den kirchl. Gnadenmitteln, in die Ewigkeit abzurufen.

Um das Almosen des Gebetes bittet

### Anna Ketterer, Wwe.

Beerdigung: Mittwoch, 26. Okt., nachmittags 2 Uhr, von der Friedhofkapelle aus.

### Erstlingsstorb,

Neugeborenes, fast neu, ist zu verkaufen: Morgenstraße 11, 111.

### Dankfagung.

Für die vielen wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres geliebten Kindes

### Elisabeth,

sprechen wir allen unseren aufrichtigsten Dank aus. Besonderen Dank den ehrwürd. Schwägern des St. Bernhardus- und Josefs-Hauses für die aufopfernde Pflege.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen: Familie Oskar Heun.

Karlsruhe, den 23. Oktober 1910.

### Dankfagung.

Für die vielen wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme an unserem so plötzlich betroffenen Verluste unseres innigstgeliebten Gatten und Vaters,

### Fortunat Huber,

sprechen wir unsern aufrichtigsten Dank aus.

Frau Huber Witwe und Tochter, Familie Huber.

## Badische Geld-Lotterie

Ziehung am 31. Oktober

# 45800 M.

1. Hauptgewinn bar

# 20000 M.

3287 Geldgewinne

# 25800 M.

## Strassburger Lotterie

# 40000 M.

Hauptgewinn

# 10000 M.

Ziehung am 19. November.

Losse beider Lotterien à 1 M., 11 Lose 10 Mk., Porto und Liste 30 Pfg., empfiehlt Lotterie-Unternehmer

**J. Stürmer, Strassburg i. E. Langstr. 107**

und alle Losverkaufsstellen. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstrasse 11 15; Gebr. Göhringer, Kaiserstr. 60.

Den Wünschen meiner werten Gäste Rechnung tragend, findet von nun an im

## Café Bauer

stets abends von 9 Uhr an bis nachts 1 Uhr

jeden Dienstag, jeden Donnerstag, jeden Sonntag

## Künstler-Konzert

statt.

Eintritt frei.  
**Hermann Wolff.**



Ulster für jede Figur gut passend, 24-65  
Paletots in sorgfältigster Verarbeitung 18-68  
Anzüge aus deutschen und englischen Stoffen hergestellt 17-70  
chic und vornehm in Sitz und Schnitt  
für Jünglinge entsprechend billiger.

# Breitbarth

Ecke Kaiser- und Herrenstrasse.

# Leopold Kölsch

Stammhaus  
gegr. 1844.

Karlsruhe  
211 Kaiserstr. 211

Telephon  
Nr. 160.

Seit 66 Jahren sind

# Trikot-Wäsche Strumpfwaren

# Garne

Spezialitäten der Firma.

Die Preise den Qualitäten entsprechend billigst

### Zum Beweis:

Baumwoll. Trikot-Herren-Hemd Ia.	Nr. 100 alle Größen	Mk. 2.20
Baumwoll. Trikot-Herren-Hemd Ia.	Nr. 200, alle Größen mit farbigem Einsatz	Mk. 3.50
Baumwoll. Herren-Hose Ia.	Nr. 900, alle Größen gestrikt, ohne Naht	Mk. 2.00
Reinwoll. Herren-Socken	Nr. 10, gestrikt	Mk. 1.00
Hauswolle, 16/4 fach, Ia.		Pfund 2.75

— Auswahlendungen bereitwilligst. —

Stellen suchen in Privathaus:  
Mädchen für alle Hausarbeit und solche, die bürgerlich kochen können, Mädchen vom Land zum anlernen, Wasch- und Putzfrauen für Tages- und Stundenarbeit.

Gesucht werden für Wirtschaft:  
Küchenmädchen, junge, die etwas kochen können, Spülerinnen.

### Städt. Arbeitsamt

Weiblicher Arbeitsnachweis, Jähringerstr. 100. Telefon 629. Vermittlung völlig unentgeltlich. Geschäftszeit von 8-12<sup>1/2</sup> und 2-7 Uhr.

### Katholischer Mädchenschub-Verein Karlsruhe.

Herrschaften und Prinzipale finden jederzeit solches, zuverlässiges Personal sowie Stellenjuchende jeder Branche gute Stellen in unserm Bureau, Sofienstraße 19, St. Elisabethenhaus, Telefon 744. Der Vorstand.

# Allerheiligen!

Die Verpackung u. Beförderung nach auswärts wird pünktlich besorgt.

Zur Selbstantrauerkränzen Auswahl sämtlicher Materialien wie: Capblumen, Blumenpapiere zugerichtet und in etc. etc. zu sehr



## Künstliche Blumen Trauer-Kränze

jeder Art

empfehlen

zu billigsten

Preisen

Künstliche Blumen in Stoff, Papier u. Wachs zur Ausschmückung lebender Kränze.

fertigung von empfehle in grosser liches Binde-Palmen, Gräser, Statice, Ruscus, (in über 100 Farben, einzelnen Bogen) billigen Preisen

## C. M. Meyer, Blumenfabrik, 3 Kaiser-Wilhelm-Passage 3

En gros. — En Détail. — Export.